

Inhalt

Themenschwerpunkt Widerstand, transnational

Robin Celikates / Frauke Höntzsch

Editorial der Gastherausgeber 3

Abhandlungen

Christian Leonhardt / Martin Nonhoff

Widerständige Differenz.

Transnationale soziale Bewegungen zwischen gegenhegemonialer
Institutionalisierung und nicht-integrativer Präfiguration 9

Paul Sörensen

Widerstand findet Stadt.

Präfigurative Praxis als transnationale Politik ‚rebellischer Städte‘ 29

Henning Hahn

Kampf um politische Handlungsfähigkeit.

Grundriss einer normativen Theorie globalen zivilen Ungehorsams 49

Sebastian Berg / Thorsten Thiel

Widerstand und die Formierung von Ordnung in der digitalen Konstellation 67

Weitere Abhandlungen

Mario Schäbel

Marx als Schlüssel zu Adornos Negativer Dialektik.

Oder: Adornos Negative Dialektik als Schlüssel zu Marx 87

Karsten Schubert

Freiheit und Institution.

Für eine anti-anarchistische Foucault-Lektüre 103

Rezensionen

Johannes Haaf

Geschichte und Kritik. Neue Genealogien der Menschenrechte 125

Anna-Sophie Schönfelder

Ein Auftakt aus zwei Auftakten 133

Tagungsbericht

Sven Altenburger

Strategie und Methodik.

Zum Verhältnis von Politischer Theorie und Politischer Philosophie 143

Widerständige Differenz

Transnationale soziale Bewegungen zwischen gegenhegemonialer Institutionalisierung und nicht-integrativer Präfiguration

*Christian Leonhardt / Martin Nonhoff**

Schlüsselwörter: Widerstand, soziale Bewegung, Alterglobalisierungsbewegung, Occupy Wall Street, Hegemonie, Gegenhegemonie, Post-Anarchismus, Demokratie

Abstract: Dass soziale Bewegungen eine transnationale Dimension besitzen können, ist nichts Neues. In Bezug auf die jüngsten sozialen Bewegungen wie Occupy Wall Street kann man diese aber nur verstehen, wenn man von einem Widerstandsbegriff ausgeht, der die von diesen Bewegungen aufgeworfene Frage zu alternativen demokratischen Praxen miteinbezieht. Hier zeigt sich, dass Widerstand zwischen den Polen gegenhegemonialer Institutionalisierung und nicht-integrativer Präfiguration oszilliert und selbst Ergebnis einer Auseinandersetzung auf einem umkämpften Bewegungsterrain ist. Die Spannung zwischen gegenhegemonialer Institutionalisierung und nicht-integrativer Präfiguration nennen wir widerständige Differenz. Diesen Begriff entwickeln wir zunächst entlang Überlegungen von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, post-anarchistischer Ansätze und ihrer gegenseitigen Kritik aneinander. Daraufhin können wir zeigen, dass sich bei den jüngsten sozialen Bewegungen die transnationale Dimension insbesondere auf die nicht-integrative Präfiguration alternativer demokratischer Lebensweisen bezieht, wohingegen sich gegenhegemoniale Institutionalisierungsprozesse von Parteibildungen bis zu *general assemblies* auf der lokalen Ebene niederschlagen.

Abstract: No doubt, there is a transnational dimension to social movements. To understand this dimension in the youngest social movements like Occupy Wall Street, a concept of resistance is needed which takes the question of alternative democratic action into account. Here, we can show that resistance is always oscillating between the poles of counter-hegemonic institutionalization and non-integrating prefiguration and is in itself the result of a conflict on a contested movement terrain. We call this suspense between counter-hegemonic institutionalization and non-integrating prefiguration the deviation of resistance. To develop such a term of resistance, we turn to the thoughts of Ernesto Laclau and Chantal Mouffe as well as post-anarchist approaches and both their criticism. Followed by that, we can argue that in the youngest social movements the transnational dimension deals with non-integrating prefiguration of alternative democratic modes of living, whereas on the local dimension the counter-hegemonic institutionalization is reflected in the establishment of parties or general assemblies.

Große soziale Bewegungen sind selten auf einen nationalen Rahmen beschränkt: Die Arbeiterbewegung ist es nicht, die Frauenbewegung ist es nicht und '68 war es auch nicht –

* Christian Leonhardt, Universität Bremen
Kontakt: chleon@uni-bremen.de
Martin Nonhoff, Universität Bremen
Kontakt: martin.nonhoff@uni-bremen.de

um nur einige zu nennen. Als die Proteste gegen die WTO 1999 in Seattle zum Kristallisationspunkt einer neuen Bewegung wurden, trug diese die Transnationalität sogar im Namen: Alterglobalisierungsbewegung. Dabei fand sie nicht nur an vielen Orten auf der Welt statt, sondern koordinierte sich auch explizit über Ländergrenzen hinweg gemeinsam.

Als zwölf Jahre später weltweit an vielen Orten erneut protestiert wurde, hätte man meinen können, die Alterglobalisierungsbewegung sei wieder zurück: ähnliche Aktionsformen, ähnliche Demokratieverständnisse, ähnliche Kapitalismusanalysen. Was fehlte, waren transnationale Formen der Organisation und Koordination. Im Gegenteil zeichneten sich nun die einzelnen Widerstände selbst durch eine starke Ortsbezogenheit aus. Sie richteten sich nicht mehr primär gegen internationale sondern gegen nationale politische und wirtschaftliche Institutionen, denen sehr lokal – zum Beispiel auf besetzten Plätzen – alternative Formen der Demokratie entgegengesetzt wurden (vgl. della Porta / Mattoni 2014). Trotzdem werden von der Politischen Theorie die verschiedenen Bewegungen des Protestjahres 2011 – vom sogenannten arabischen Frühling, über die Besetzungen öffentlicher Orte in Griechenland, Israel und Spanien bis zu Occupy Wall Street und den Folgebesetzungen weltweit – häufig in einem Atemzug genannt und stell(t)en sich auch meist selbst in den gleichen zeitlich-räumlichen Kontext des Widerstandes.

Wir wollen in diesem Beitrag zeigen, dass es tatsächlich eine transnationale Dimension des Widerstandes dieser Bewegungen gibt. Diese kann man aber nur verstehen – so unsere politisch-theoretische Intervention –, wenn man von einem Widerstandsbegriff ausgeht, der die von diesen Bewegungen aufgeworfene demokratische Frage miteinbezieht. Denn es treffen hier zwei Konzeptionen demokratisch-widerständiger Praxis aufeinander, die sich auch in der Politischen Theorie auseinanderhalten lassen. So gibt es einerseits die Vorstellung, die bestehenden demokratischen Institutionen zu nutzen und so zu reformieren, dass fortschrittliche Politik möglich wird. Dieser Institutionalisierungsprozess von widerständigem Handeln lässt sich im Sinne einer Gegenhegemonie denken, die auch auf Parteigründungen und auf Wahlsiege abzielen soll (vgl. Mouffe 2005; White 2016). Einige Teile von Bewegungen haben diesen Schritt vollzogen (vor allem Podemos, mit Einschränkungen Syriza). Dem wird andererseits das Argument entgegengehalten, dass in den Bewegungen eine grundsätzlich andere Demokratie präfiguriert würde, die stets experimentellen Charakter habe (zum Beispiel M15, Occupy). Würde man sich zu schnell und vorbehaltlos ins etablierte liberaldemokratische politische System integrieren, seien diese Optionen zu experimenteller Präfiguration gefährdet. Deswegen wird aus dieser zweiten Perspektive etwas propagiert, was man eine Strategie der „Nicht-Integration“ nennen könnte (Bray 2013; Crimeth Inc. 2017; Graeber 2012).

Vor dem Hintergrund dieser beiden Perspektiven lässt sich entfalten, was eine Theorie des (nicht nur) transnationalen Widerstands aus den 2011er Protestbewegungen lernen kann: Zunächst entfaltet sich nämlich Widerstand meist solchermaßen, dass er zwischen den beiden eben genannten Polen – gegenhegemonialer Institutionalisierung und nicht-integrativer Präfiguration – oszilliert. Beide Pole stehen in Spannung zueinander und werden stets in konkreten Auseinandersetzungen auf einem umkämpften Bewegungsterain auf je unterschiedliche Weise in Beziehung gesetzt. Diese Spannung zwischen gegenhegemonialer Institutionalisierung und nicht-integrativer Präfiguration nennen wir *widerständige Differenz*. Für eine Theorie des transnationalen Widerstands ist dabei nun allerdings von besonderem Interesse, dass sich die widerständige Differenz auf variable Weise mit der Differenz zwischen nationalem und transnationalem Fokus einer Wider-

standsbewegung verkoppeln kann. Dies wird deutlich, wenn man die Alterglobalisierungsbewegung um die Jahrtausendwende mit den jüngeren sozialen Bewegungen des Jahres 2011 ff. vergleicht. Während erstere auf transnationaler Ebene eine Tendenz zur gegenhegemonialen Institutionalisierung zeigte (weltweite Verkopplung von Bewegungen; globale Vernetzungstreffen wie die Weltsozialforen), ist Vergleichbares bei letzteren nicht festzustellen. Vielmehr liegt die spezifische transnationale Qualität der Bewegungen von 2011 ff. eher im Ausdruck einer diskursiven Affinität, etwa durch Verweise auf ähnliche, aber an lokale Verhältnisse angepasste experimentell-präfigurative Lebensformen. Gegenhegemoniales Handeln hingegen bezieht sich bei den jüngeren Bewegungen vor allem auf die lokale oder die nationale Ebene.

Der Fokus unseres Beitrags liegt auf der *systematisch-theoretischen* Beschreibung der widerständigen Differenz einerseits und ihres Zusammenspiels mit der Frage der transnationalen Dimension von Widerstand andererseits. Dafür stellen wir im Folgenden zunächst beide Perspektiven auf Widerstand beispielhaft vor. Für die Perspektive der gegenhegemonialen Institutionalisierung konzentrieren wir uns auf die Überlegungen von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe zu Hegemonie und radikaler Demokratie. Diese konfrontieren wir für die nicht-integrative, experimentell-präfigurative Perspektive mit der nicht-hegemonialen Kritik von Richard J. F. Day und Saul Newman. Anschließend entwickeln wir aus der Kritik an beiden Perspektiven den Begriff der widerständigen Differenz genauer. Schließlich zeigen wir anhand einer kurzen Betrachtung von Occupy Wall Street, wie sich widerständige Differenz und die transnationale Dimension von Widerstand im Unterschied zur Alterglobalisierungsbewegung gewandelt haben.¹

1. Widerstand zwischen Hegemonie und Präfiguration von Alternativen

Im folgenden ersten Abschnitt beleuchten wir zunächst, wie Ernesto Laclau und Chantal Mouffe in ihrer Hegemonietheorie eine spezifische, gegenhegemoniale Form der Widerstands privilegieren (wenn sie auch durchaus im Rahmen radikal-pluralistischer Ideen Formen der Autonomie einzelner Akteure nicht völlig unbeachtet lassen). Anschließend rekonstruieren wir, wie mit Richard J. F. Day und Saul Newman zwei post-anarchistische Autoren ihre Kritik am Hegemoniefokus von Laclau und Mouffe mit der Vorstellung von nicht-hegemonialem, nicht primär an politischen Institutionen orientiertem Widerstand verbinden. Diese Vorstellung impliziert insbesondere das experimentelle Präfigurieren von alternativen politischen Formen.

1.1 Hegemonie und die Kritik des Exodus (Laclau/Mouffe)

Mit der Veröffentlichung von *Hegemony and Socialist Strategy* im Jahr 1985 (dt. Laclau / Mouffe 2012 [1985]) intervenierten Ernesto Laclau und Chantal Mouffe in eine historische Konstellation, in der die ‚alte‘ soziale Bewegung – die Arbeiterbewegung – in den

1 Die Betrachtung muss in diesem Beitrag allerdings explorativ bleiben, wir erheben keinen Anspruch darauf, Occupy Wall Street detailliert aus Akteursperspektive zu rekonstruieren. Das Ziel ist vielmehr die Plausibilisierung des theoretischen Arguments.

Widerstand findet Stadt. Präfigurative Praxis als transnationale Politik ‚rebellischer Städte‘

Paul Sörensen*

Schlüsselwörter: Widerstand, transnational, Stadtpolitik, Präfiguration, Munizipalismus

Abstract: In der sozialwissenschaftlichen Forschung herrscht ein defensives Widerstandsverständnis vor, dem der vorliegende Beitrag ein proaktives, welterschließendes Konzept von Widerständigkeit entgegenstellt. Expliziert wird dies in Form einer Auseinandersetzung mit dem global beobachtbaren Erstarren municipalistischer Bewegungen, die – aktuelle Transformationstheorien aufgreifend – als ‚municipalistische Präfiguration‘ gedeutet werden. Diesen Manifestationen proaktiven Widerstands, so wird gezeigt, liegt ein zweifacher transnationaler Charakter zugrunde, der im Bestreben globaler Vernetzung und dem Anspruch auf ‚Transzendierung des Nationalen‘ zu Tage tritt.

Abstract: In social science research, a defensive understanding of resistance prevails, which the paper confronts with a proactive, world-disclosing concept of resistance. This is explicated in the form of an examination of the globally observable increase in municipal movements, which – taking up current theories of transformation – are interpreted as ‚municipal prefiguration‘. These manifestations of proactive resistance, it is shown, are based on a twofold transnational character that comes to light in the pursuit of global networking and the claim of ‚transcending the national‘.

„La ola 15M ha aterrizado en las playas del ›municipalismo‹.“
Observatorio Metropolitano de Madrid 2014:13

„[E]s gibt heute ein europäisches Kulturbewusstsein, und es gibt eine Reihe von Äußerungen von Intellektuellen und Politikern, welche die Notwendigkeit einer europäischen Union behaupten: man kann auch sagen, dass der historische Prozess zu dieser Union hinstrebt und es viele materielle Kräfte gibt, die sich nur in dieser Union werden entfalten können: wenn es in x Jahren diese Union geben wird, wird das Wort ‚Nationalismus‘ die gleiche archäologische Bedeutung haben wie das Wort ‚Munizipalismus‘.“
Gramsci 1939, Gefängnishefte, Heft 6, § 78

Über 80 Jahre nach ihrer Niederschrift muss Antonio Gramscis Prognose als widerlegt gelten. Der supranationale Staatenbund Europäische Union ist existent, steht jedoch massiv unter Druck einer neuen ‚nationalen Internationale‘, die tatkräftig an dessen Rückabwicklung arbeitet. Ebenso wenig aber kann Munizipalismus als archäologisches Relikt

* Paul Sörensen, Universität Augsburg
Kontakt: paul.soerensen@phil.uni-augsburg.de

gelten. Allerorten, nicht nur in Europa, ist eine verstärkte Ausrichtung politischer Bewegungen auf die Stadt zu konstatieren – sei es in Form diverser Recht-auf-Stadt-Initiativen, des Solidarity-City-Netzwerks im deutschsprachigen Raum bzw. den Sanctuary Cities in Nordamerika und Großbritannien, der Transition-Town-Initiativen und nicht zuletzt auch der munizipalistischen Bewegungen im Spanien der Zeit nach den Platzbesetzungsbewegungen von 2011/12.¹

Wenngleich urbane politische Bewegungen und städtische Kämpfe eine lange und vielfältige Geschichte aufweisen (vgl. Hobsbawm 1969; Hou / Knierbein 2017), so ist in den letzten Jahren global eine Intensivierung zu beobachten, die sich thematisch auch in zahlreichen bewegungsnahen Publikationen niederschlägt, welche sich häufig im Grenzbereich zwischen aktivistischen und wissenschaftlichen Zugängen bewegen.² Im wissenschaftlichen Feld im engeren Sinne sind die Stadt und das Urbane insbesondere in den Disziplinen der Geographie und Soziologie stets zentrale Forschungsgegenstände gewesen und das gerade auch als Orte des Politischen und politisch umkämpfte Räume. Im Bereich der Politikwissenschaft und insbesondere auch der politischen Theorie wurde der Stadt hingegen, von einigen Ausnahmen abgesehen, nahezu keine Aufmerksamkeit zuteil (vgl. Prell 2016: 89 ff.).³ Mag sich diese Leerstelle disziplingeschichtlich mit einem gewissen (National)Staatszentrismus erklären (vgl. Magnusson 2011), so ist in Zeiten einer massiven Bevölkerungskonzentration in Metropolen, weltweit zunehmender Verstädterung und des immensen Bedeutungszuwachses von Städten als politischen Akteuren eine auch politikwissenschaftlich elaborierte Auseinandersetzung dringend geboten.

Eine umfassende *politische Theorie der Stadt* kann und soll hier nicht geleistet werden. Vielmehr soll der einleitend genannte munizipalistische Trend, die intensivierete Ausrichtung politischer Bewegungen auf die *Stadt als Aktionsraum* – damit ist gemeint, dass Stadt nicht nur *als Bühne*, sondern auch *als Gegenstand* und *Ausgangspunkt* politischen Handelns fungiert – unter die Lupe genommen und widerstandstheoretisch als *transnationale Widerstandspraxis* zu deuten versucht werden. Wenngleich es etwas verfrüht erscheint, von einer ‚munizipalistischen Internationale‘ (Shea Baird 2017) oder gar der Ablösung der westfälischen Staatenordnung durch eine munizipalistische ‚Order of Barcelona‘ (Pinto 2017) zu sprechen und man sich vor eilfertigen Vereinheitlichungen der zwar global beobachtbaren, je für sich gesehen aber sehr lokalspezifisch ansetzenden Praktiken und Kämpfe hüten sollte, so möchte ich die These vertreten, dass in allen Manifestationen dieses ‚transnationalen Munizipalismus‘ (Fowler 2017) eine Art gemeinsamer transformations- und widerstandstheoretischer Kern steckt. Es handelt sich, so möchte ich zeigen, um

-
- 1 Für einen Überblick in globaler Perspektive vgl. Shea Baird 2017. Die Bezeichnungen ‚munizipalistische Bewegungen‘ bzw. ‚munizipalistische Projekte‘ verwende ich im Folgenden nicht immer völlig trennscharf. Ich bevorzuge dabei jedoch ersteren Ausdruck, wenn es um stadtpolitische Akteure, Gruppen oder Konstellationen von Akteuren geht, wohingegen ich letzteren im Zusammenhang konkreter, von diesen Akteuren umgesetzter (oder umzusetzen versuchter) Vorhaben im stadtpolitischen Kontext gebrauche.
 - 2 Für den deutschsprachigen Raum wären etwa die Schwerpunktheft der Magazine Widerspruch (*Konzerne Stadt Demokratie*; 2016), ROAR (*The City Rises*; 2017), *dérive* (*Demokratie*; 2017) und *engagée* (*Radical Cities – Rebell Democracy*; 2018) sowie der FUTURZWEI Zukunftsalmanach 2017/18, die von Wenke Christoph und Stefanie Kron editierte Broschüre *Solidarische Städte in Europa* der Rosa Luxemburg Stiftung (2019), die seit Mai 2019 erscheinende Zeitschrift *Común. Magazin für stadtpolitische Interventionen* (<http://comun-magazin.org/>) oder das 2017 von medico international veranstaltete Symposium *Weltoffene Städte* (<https://www.medico.de/weltoffene-staedte-16761/>) zu nennen.
 - 3 Für eine ähnliche, auf den anglophonen Raum bezogene Diagnose vgl. Webb 2017, 18–36. Ausnahmen stellen die Schriften Magnussons (1996; 2011; 2015) sowie zuletzt Barber (2013) dar.

eine *Widerstandspraxis in welterschließender Absicht*, die von den in der einschlägigen Literatur nach wie vor vorherrschenden, defensiven Widerstandsbestimmungen abweicht. Dazu soll in einem ersten Schritt erhellert werden, wie sich das bewegungspolitische Interesse an der Stadt als Aktionsraum erklären lässt und ob und inwiefern die ‚munizipalistische Strategie‘ in den transformationstheoretischen Debatten der vergangenen Jahre verortet werden kann (1.). Anschließend wende ich mich dem zuletzt vielbeachteten Konzept der *präfigurativen Politik* zu (2.), das es in modifizierter Form – als *munizipalistische Präfiguration* – erlaubt, derartiger Praktiken begrifflich-theoretisch habhaft zu werden (3.). Mit dem so entwickelten Konzept sind sodann die Grundlagen für die abschließend entfaltete widerstandstheoretische Deutung gelegt, die auch den in zweifacher Hinsicht vorliegenden *transnationalen Charakter* der widerständigen Munizipalismen offenbart (4.).

1. Die munizipalistische Hypothese, oder: Warum Stadt?

„Das Urbane wirkt [...] als wichtiger Schauplatz für politisches Handeln und Rebellion.“
Harvey 2013: 207

Städte sind „Kristallisationspunkt[e] gesellschaftlicher Entwicklungen“ (Buckel / Petzold 2016: 16), in denen Widersprüche und Konflikte in verdichteter Form in Erscheinung treten. Globale Dynamiken und Ungleichheitsstrukturen werden in den Städten konkret greif- und alltäglich erfahrbar: Der urbane Raum ist zu einem zentralen Ort der Kapitalakkumulation geworden, mit all den einhergehenden, häufig unter dem Schlagwort Gentrifizierung verhandelten Konsequenzen (vgl. Harvey 2013); die im Zuge der Finanzkrise von 2008 nochmals intensivierete Austeritätspolitik macht sich insbesondere auch als *kommunale Austerität* – und damit unmittelbar im alltäglichen Erfahrungsraum der Menschen – bemerkbar (vgl. Tiedemann 2018); insofern Städte stets bevorzugte Ziele von Migrations- und Fluchtbewegungen waren, sind sie infolge der Migrationsdynamiken und der globalen Krise der Grenzregime in den letzten Jahren vor zusätzliche Herausforderungen gestellt, etwa die Unterbringung von Geflüchteten und die Integration im Allgemeinen betreffend (vgl. BpB 2018). Gerade aufgrund dieser Verdichtungskonstellation sehen viele Beobachter*innen in den Städten aber auch den privilegierten Ort für widerständiges politisches Handeln. Städte, so schreibt etwa Joan Subirats, Politikwissenschaftler und Gründungsmitglied von *Barcelona en Comú*⁴, „sind Ausgangspunkt für den Versuch der Rückeroberung der Institutionen mit dem Ziel der Sicherstellung des Lebensstandards und des Existenzminimums eines Großteils der Bevölkerung und gleichzeitig der Ort, an dem kommunale, gemeinschaftliche Prozesse der sozialen Sicherung von unten initiiert werden.“ (Subirats 2017: 10)

4 Bei *Barcelona en Comú* handelt es sich um eine seit 2015 in der katalanischen Hauptstadt regierende Bürger*innenplattform. Mittlerweile (Stand Juli 2019) stellt sich die Lage und Zukunft der munizipalistischen Projekte in Spanien aufgrund der Machtverschiebungen infolge der landesweiten Kommunalwahlen im Mai 2019 sehr viel prekärer dar. So wurde etwa *Ahora Madrid* aus der Regierungsverantwortung gewählt, *Barcelona en Comú* war bei der Bürgermeisterinnenwahl auf die Stimmen des *Partit dels Socialistes de Catalunya* und Teilen der *Ciutadans*-Fraktion angewiesen. Für eine erste Bilanz von *Barcelona en Comú* siehe jetzt Blanco et al. 2019.

Kampf um politische Handlungsfähigkeit. Grundriss einer normativen Theorie globalen zivilen Ungehorsams

Henning Hahn*

Schlüsselwörter: Ziviler Ungehorsam, globale Gerechtigkeit, nichtideale Theorie, politische Handlungsfähigkeit, Menschenrechte, Politisierung, Nicht-Beherrschung

Abstract: Dieser Beitrag schreibt Akten globalen zivilen Ungehorsams eine bedeutende Rolle innerhalb des nichtidealen Teils einer globalen Gerechtigkeitstheorie zu. Meine These lautet, dass globaler ziviler Ungehorsam gerechtfertigt sein kann, um politische Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen. Zu diesem Zweck werde ich eine dünne Definition zivilen Ungehorsams entwickeln und in die liberalen und republikanischen Rechtfertigungsmodelle einführen. Weil sich diese aber nicht eins zu eins auf die globale Arena übertragen lassen, entwickle ich zwei mögliche Reaktualisierungen: Globaler ziviler Ungehorsam erfüllt eine moralisch signifikante Funktion als Korrektiv im globalen Menschenrechtsregime und als Instrument zur Politisierung globaler Herrschaft. Diese konstruktiven Funktionen kulminieren in dem Ziel, politische Handlungsfähigkeit auf globaler Ebene herzustellen.

Abstract: This paper examines the important role that global civil disobedience plays within the non-ideal part of a theory of global justice. My thesis is that global civil disobedience can be justified in order to regain political agency. To this end, I will develop a thin definition of civil disobedience and give an overview over the standard liberal and republican approaches. However, since these cannot be directly transferred to the global arena, I am developing two possible re-interpretations: Global civil disobedience fulfils a morally significant function as a corrective in the global human rights regime and as an instrument for politicizing spheres of global domination. These constructive functions culminate in the goal of establishing political agency on a global level.

Edward Snowden hat sich als ein Weltbürgerrechtler im Zeitalter von Big Data legitimiert; Anonymous, die globale Bewegung von „Haktivisten“, will ihre Aktionen als „nouveau form of civil disobedience – techie style“¹ verstanden wissen; Femen kämpft mit den Mitteln des gewaltlosen Widerstands international für Geschlechtergleichheit; City Square Movements werden als eine neue Form von ‚*mass civil disobedience*‘ gedeutet,

* Henning Hahn, Freie Universität Berlin
Kontakt: hehahn@web.de.

1 Im Manifest beschreibt sich Anonymous als ein „decentralized non-violent resistance movement, which seeks to restore the Rule of Law and fight back against the organized criminal class.“ (<http://www.mintpressnews.com/anonymous-a-new-civil-disobedience-movement-for-the-twenty-first-century/20692/>; 26.05.2019).

usw. Die folgenden Ausführungen nehmen ihren Ausgang an einer Reihe paradigmatischer Fälle, in denen politische Akteure Recht verletzen, um grenzüberschreitende Ungerechtigkeiten zu bekämpfen. Entscheidend ist, dass sie sich dazu explizit in die Tradition des zivilen Ungehorsams stellen.²

Ich werde in diesem Beitrag Akten globalen zivilen Ungehorsams eine zentrale Rolle innerhalb des nichtidealen Teils einer globalen Gerechtigkeitstheorie zuschreiben. Globale Aktivist*innen öffnen neue politische Routen, um globale Ungerechtigkeiten – Entfremdung, Ausbeutung, Ausgrenzung oder Beherrschung – zu bekämpfen. Im Rahmen des nichtidealen Turns in der jüngeren Theoriebildung zu globaler Gerechtigkeit ist diese Funktion, nämlich die Wiedergewinnung politischer Handlungsfähigkeit im Angesicht globaler Ungerechtigkeiten, von entscheidender Bedeutung. Politisch-konstruktivistische, normativ-rekonstruktivistische und realistische Ansätze binden Gerechtigkeitsforderungen zunehmend und zu Recht an die Handlungsfähigkeit realer Akteure.³ *Sollen impliziert Können*, was in diesem Zusammenhang bedeutet, dass Gerechtigkeitspflichten einen Handlungsspielraum – und ein Bewusstsein davon – voraussetzen, selbst in globale Machtverhältnisse eingreifen zu können. Akte globalen zivilen Ungehorsams brechen die Fixierung auf Sachzwänge auf, indem sie exemplarisch Möglichkeiten politischen Widerstands erschließen und *darin* eine alternative Ordnung antizipieren. Die These, die ich im Folgenden verteidigen möchte, lautet entsprechend, dass globaler ziviler Ungehorsam gerechtfertigt sein kann, um politische Handlungsfähigkeit in der globalen Arena zurückzugewinnen.

Um diese These plausibel zu machen, möchte ich kurz voranstellen, was ich unter politischer Handlungsfähigkeit verstehe. Individuelle Handlungsfähigkeit (*agency*) ist die Fähigkeit einer Person, nach ihren eigenen Vorstellungen unter hinreichenden Optionen wählen und ihre Wahl über kontrollierte Handlungen in ihrer Lebenswelt verwirklichen, oder zumindest aussichtsreich verfolgen, zu können. Dem übergeordnet meint politische Handlungsfähigkeit (*political agency*) die Macht, Herrschaftsprozesse, in denen strukturelle Voraussetzungen individueller Handlungsfähigkeit festgelegt werden, im Kollektiv oder in gemeinsamen Handlungen mitzugestalten. Darin drückt sich bereits aus, dass politische Handlungsfähigkeit von grundlegender moralischer Bedeutung ist. Es handelt sich um eine Grundfähigkeit, die für die (politische) Autonomie der einzelnen Person und ihrem öffentlichen Leben in Selbstachtung konstitutiv ist.

Im Folgenden werde ich mich darauf konzentrieren, den Grundriss einer normativen Theorie *globalen* zivilen Ungehorsams herauszuarbeiten. Dazu werde ich zunächst eine dünne Definition von zivilem Ungehorsam entwickeln (1.) und die beiden wichtigsten Rechtfertigungsmodelle – den liberalen und den republikanischen Ansatz – vorstellen (2.). Vor diesem Hintergrund unterscheide ich drei Typen grenzüberschreitenden zivilen

2 Erste Entwürfe dieses Aufsatzes konnte ich anlässlich der „Global Justice Conference“ (Hangzhou), der „Konferenz für Praktische Philosophie“ (Salzburg), der Veranstaltungsreihe „Philosophie kontrovers“ (Köln), auf dem Workshop „Diversity of Human Rights“ (Dubrovnik), auf dem Workshop „Praktische Philosophie“ (Ujué/Spainien) und im Doktoranden-Kolloquium Bochum/Dortmund vorstellen. Ich danke den Gastgeber- und allen Teilnehmer*innen, von deren Kommentaren ich gründlich profitiert habe. Mein Dank gilt auch den Gutachter- und Herausgeber*innen dieses Schwerpunktes, die mir sehr dabei geholfen haben, mein Argument zu präzisieren.

3 Ein Beispiel ist Lea Ypis *Global Justice and Avant-Garde Political Agency* (2011). Darin untersucht sie die Rolle von „avant-garde agents“, das sind Akteure, die transformative politische Handlungsformen erproben.

Ungehorsams (3.) und erneure die Kritik daran, dass die etablierten Modelle zivilen Ungehorsams in der globalen Arena deplatziert sind (4.). *Prima facie* hängen globale Aktivist*innen Rechtfertigungsnarrativen an, die im internationalen, transnationalen oder globalen Kontext nicht mehr greifen, weil sie am (demokratischen) Rechtsstaat modelliert wurden. Entsprechend versuche ich im anschließenden Kernabschnitt meines Beitrags, den Weg für ein angemessenes Verständnis globalen zivilen Ungehorsams zu bereiten. Dazu werde ich die republikanischen und liberalen Rechtfertigungslinien reaktualisieren (5.) und Akte von globalem zivilem Ungehorsam im Rahmen eines Kampfes um politische Handlungsfähigkeit verteidigen (6.).

1. Eine dünne Arbeitsdefinition

Die Definition von zivilem Ungehorsam sollte sich an den dafür paradigmatischen Fällen orientieren. Aber bereits die Auswahl solcher Fälle setzt ein entsprechendes Präkonzept voraus. Einige der bis heute maßgeblichen Theorien zivilen Ungehorsams wie die von Arendt (1972), Bedau (1971), Cohen (1970), Dworkin (1977), Feinberg (1979), ML King jr. (1991), Rawls (1971) oder Singer (1973) sind vor dem Hintergrund der Bürgerrechtsbewegung in den fünfziger bis siebziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts entstanden. Andreas Braune spricht treffend von einer bis heute „paradigmenbildenden Phase“ (2017: 14). Im Zentrum der Theoriebildung stand die Verwirklichung des in der Verfassung liberaler Staaten festgeschriebenen Freiheits- und Gleichheitsversprechens – und die politische Inklusion diskriminierter Gruppen.

Die prägende Rolle, die das Civil Rights Movement in der Begriffsformation zivilen Ungehorsams gespielt hat, überdeckt weitere paradigmatische Fälle, vor allem seine Herkunft aus dem Anarchismus (Thoreau 1991 [1849]) und aus andauernden Dekolonialisierungskämpfen. Angesichts variierender Kontexte und stetiger Fortentwicklungen ist eine abgeschlossene Definition von zivilem Ungehorsam unangebracht. Deswegen operiere ich mit einer dünnen Arbeitsdefinition, die scharf genug ist, um Akte von zivilen Ungehorsam gegenüber Widerstand oder Protest abzugrenzen, zugleich aber den Anspruch globaler Aktivist*innen, in der Tradition des zivilen Ungehorsams zu stehen, ernst nimmt.

Wenn es einen Bedeutungskern in der Idee zivilen Ungehorsams gibt, dann liegt er meines Erachtens darin, dass er die Verbindung zu einem, wie Gandhi (1945) es genannt hat, „konstruktiven Programm“ aufrechterhält. Ziviler Ungehorsam dient der Gesellschaft. Er soll die Gruppe derer, die einer gemeinsamen politischen Ordnung unterworfen sind, nicht aufspalten, sondern im Widerstand gegen repressive Herrschaft vereinen. In Abgrenzung zum Widerstand erschöpft sich ziviler Ungehorsam nicht in der Abwehr von Ungerechtigkeit, sondern zielt auf deren Überwindung und letztlich auf politische Versöhnung. Es ist diese versöhnend-konstruktive Absicht, die auch die Zivilität seiner strategischen Mittel bestimmt. Gewalt ist nicht grundsätzlich illegitim, aber seinem Anspruch auf moralische Überlegenheit und politische Versöhnung oftmals abträglich. Im Gegensatz zum Protest werden im zivilen Ungehorsam aber immer subversive und antagonistische Aktionstechniken eingesetzt, die legale Grenzen überschreiten. Letzteres wird über eine besondere moralische Signifikanz des zivilen Ungehorsams gerechtfertigt, die wiederum auf seine konstruktive Rolle zurückzuführen ist.

Zusammengefasst meint ziviler Ungehorsam das moralische Prärogativ politischer Akteure, geltendes Recht zu verletzen, um eine Herrschaftsordnung für alle ihr Unterwor-

Widerstand und die Formierung von Ordnung in der digitalen Konstellation

*Sebastian Berg / Thorsten Thiel**

Schlüsselwörter: Widerstand, Netzpolitik, Digitaler Ungehorsam, Herrschaft, Digitale Konstellation, Hacktivismus, Ordnungsbildung

Abstract: Wird digitaler Widerstand in der Politischen Theorie zum Thema, so meist mit einem Fokus auf (neue) Formen zivilen Ungehorsams wie Hacktivismus. Der Aufsatz bietet hierzu eine Alternative, indem er das Betrachtungsfeld so ausweitet, dass neben diesen Formen auch Strategien des netzpolitischen Protests und der Schaffung alternativen Infrastrukturen in den Blick genommen werden. Die systematisierende und vergleichende Analyse der Entwicklung von Widerstandsformen in der digitalen Konstellation erlaubt es, die Dynamik des Zusammenwirkens von Ordnung und Widerstand besser zu verstehen. Hieraus erwächst eine Kritik der Formierung von Herrschaft in der Gegenwart, welche die depolitisierende Restrukturierung von Handlungs- und Möglichkeitsräumen für gesellschaftliche Akteur*innen im Umgang mit digitaler Technik herausarbeitet, was eine politiktheoretische Ergänzung der Kritik von Überwachungspotentialen und Privatisierungstendenzen erzeugt.

Abstract: When Political Theory has dealt with digital resistance, it has almost exclusively focused on novel forms of civil disobedience. This article argues that a broader understanding of resistance, which includes digitally focused political mobilization as well as the creation of alternative infrastructure, allows us to better understand the formation of order in the digital constellation. By analyzing and comparing different approaches used to counter the emergent digital order, we show the vital importance of the depoliticizing effects embedded in new forms of (digital) domination and expand the normative reflection of digital societies as subject to surveillance and/or privatization.

Wenn Politische Theorie sich bisher mit dem Themenkomplex Widerstand und Digitalisierung beschäftigt hat, so tat sie dies zumeist, indem sie auf die Entwicklung einer digitalen Form zivilen Ungehorsams fokussierte. Prototypisch für eine solche Auseinandersetzung ist das Buch *Kunst der Revolte: Snowden, Assange, Manning* von Geoffroy de Lagasnerie. In diesem versucht de Lagasnerie die revolutionäre Besonderheit digitalen Widerstands zu begründen, das „Auftauchen von etwas Neuem“ (de Lagasnerie 2016: 11). Aber auch andere Arbeiten – und auch solche, die sich kritischer mit Phänomenen wie

* Sebastian Berg, Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft
Kontakt: sebastian.berg@wzb.eu
Thorsten Thiel, Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft
Kontakt: thorsten.thiel@wzb.eu

WikiLeaks, Occupy oder früher schon Indymedia oder den Zapatista auseinandersetzen – wählen zumeist einen Zugang, der das Zusammenspiel von Widerstand und Digitalität als potentiell neuartige Dynamik in einem älteren Kampf zu interpretieren sucht und der daher hauptsächlich Legitimität und Effektivität dieser Strategien abzuschätzen versucht.

Dieser Beitrag schlägt eine Alternative vor. Ausgangspunkt hierfür ist ein weites Verständnis digitalen Widerstands, welches nicht allein auf gewaltsame Akte und auf Handlungen, die explizit gegen politische Machthaber*innen gerichtet sind, fokussiert. Stattdessen wird das Betrachtungsfeld so ausgeweitet, dass zum einen ein breiter Komplex ordnungsbildender Kräfte in den Blick gerät, zu dem neben privaten Akteur*innen auch technische Infrastrukturen zählen. Zum anderen werden widerständige Handlungen – die von zivilgesellschaftlichem Protest bis an die Bildung institutionalisierter Opposition heran reichen und insbesondere auch die Schaffung von Alternativen zur Ordnung einschließen – in die Analyse einbezogen. Wir zeigen, dass der politiktheoretische Wert eines solch weiten Verständnisses unter anderem darin zu sehen ist, dass sich so über den Widerstand in den Blick nehmen lässt, wie Ordnung sich formiert und als Herrschaft manifestiert (vgl. zu einem solchen Vorgehen: Daase / Deitelhoff 2017). In der Konsequenz brechen wir daher die bisher übliche Fokussierung auf einzelne Konflikte, Techniken oder Akteur*innen auf und ersetzen sie durch eine systematisierende Beschreibung von Widerstandsformen in der digitalen Konstellation. Die Analyse des so entstehenden Panoramas politisierender Praktiken stellt dann die Grundlage dar, um die Dynamik des Zusammenwirkens von Ordnung und Widerstand besser zu verstehen. Wir fragen: Welche politischen Potentiale hat Widerstand im Prozess der Digitalisierung? Wie versucht Widerstand sich in die Ordnungsbildung einzuschreiben – und mit welchem Erfolg? Und welche Bedeutung kommt in diesem Kontext der transnationalen Komponente digitaler Vernetzung zu?

Um diese Fragen zu beantworten, werden wir im Folgenden eine doppelte Systematisierung widerständiger Praktiken entwickeln. Nach einer kurzen, definitorischen Erläuterung unseres weiten Verständnisses von digitalem Widerstand (1.1) stellen wir zwei Kriterien vor, die wir für eine systematisierende Beschreibung widerständiger Praktiken als passend erachten (1.2). Mittels dieser unternehmen wir dann im zentralen Kapitel 2 eine systematische Rekonstruktion dreier zentraler Formen digitalen Widerstands: zivilgesellschaftlicher Oppositionspolitik, digitalem Ungehorsam und dem Aufbau alternativer Infrastrukturen. Wir erörtern, wie Widerstand in der digitalen Konstellation verfährt, woran er sich festmacht und an wen er appelliert (2.3). Auf der Grundlage dieser Rekonstruktion lassen sich dann Aussagen darüber treffen, wie digitaler Widerstand sich über Zeit entwickelt hat und welche Bedeutung ihm heute zukommt (2.4). Kapitel 3 wird schließlich ausblickend diskutieren, was daraus für die Formierung von Herrschaft in der digitalen Konstellation folgt – und inwiefern Politische Theorie hier sprechfähig ist.

1. Vorklärungen: Digitaler Widerstand und dessen Untersuchung

1.1 Konzeptionelle Anmerkungen

Was also wollen wir im Folgenden unter der Chiffre ‚digitaler Widerstand‘ untersuchen? Zwei Dinge sind wichtig: Erstens das oben schon angedeutete ‚weite‘ Verständnis von Widerstand. Dieses beschränkt Widerstand nicht auf dissidente, also in Form und Inhalt

klar außerhalb der Ordnung stehende und womöglich gewaltsame Akte, sondern verwendet Widerstand als Oberbegriff, der ein breites Spektrum explizit agonistischer Politisierung umfasst:

„Widerstand ist demnach soziales Handeln, das gegen eine als illegitim wahrgenommene Herrschaftsordnung oder Machtausübung gerichtet ist. Dabei kann Widerstand gewaltsam oder gewaltlos sein, sich an begrenzten Zielen orientieren oder auf Umsturz bedacht sein; er kann individuell oder kollektiv sein und sich spontan äußern oder organisiert auftreten.“ (Daase 2014: 3)

Das Spektrum des Widerstands reicht für uns also von zivilgesellschaftlichen Praktiken des Protests und der Opposition, die bis in das etablierte politische Institutionengefüge hineinreichen und daher einen interagierenden, wenn auch konfrontativen Charakter haben, bis hin zu dissidenten Praktiken, die sich am Rande oder auch außerhalb der bzw. entgegengesetzt zur Rechts- und Werteordnung bewegen. Im Kontext der digitalen Konstellation ist Widerstand dabei nicht nur hinsichtlich des engen Kontexts institutionalisierter Politik – also des etablierten Gewaltmonopols – zu lesen, sondern richtet sich auch im weiteren Sinne gegen jene mediatisierten Praktiken soziotechnischer Ordnungsbildung und Institutionalisierung, die mit dem Verweis, „that the social is constructed from, and through, technologically mediated processes and infrastructures of communication“ umschlossen sind (Couldry / Hepp 2016: 1). Aus einer solchen Perspektive lassen sich dann Formen und Strategien der Politisierung digitaler Ordnungsbildung systematisieren und die *black box* einer vermeintlich technisch getriebenen Entwicklung der politischen Reflexion zuführen. Der damit einhergehenden Möglichkeit, Aussagen über Macht- respektive Herrschaftsstrukturen und den demokratischen Charakter entlang unserer Analyse formulieren zu können, steht die Einsicht gegenüber, dass sich mittels dieses Vorgehens keine generalisierenden Aussagen über *die* Herrschaft digitaler Ordnungsbildung werden treffen lassen. Möglich ist jedoch, die in Reaktion auf den Widerstand hervortretenden Strukturmerkmale aufzuzeigen und als Gegenstand politiktheoretischer Reflexion analytisch aufzubereiten.

Mit Bezug auf das Digitale im digitalen Widerstand legen wir einen ‚mittleren‘ Digitalisierungsbegriff zugrunde. Ein solcher fokussiert auf den Kernbereich der Computerisierung und Vernetzung der Welt. Dies ist mehr als ein Fokus auf Digitalisierung als Verfügbarmachung der Welt in der Form von Digitalisaten und mehr auch als das Abstellen auf eine artefaktgebundene Vernetzung (die online/offline-Dichotomie), wie sie in der Politikwissenschaft allzu üblich ist. Umgekehrt wollen wir aber auch ein zu weites Digitalisierungsverständnis vermeiden, welches die digitale Transformation als weltgesellschaftliches Universalphänomen begreift und von konkreten Techniken weitgehend löst (vgl. u. a. Baecker 2018; Nassehi 2019). Auf einer konzeptionellen Ebene sind wir zwar überzeugt, dass ein weiter Digitalisierungsbegriff durchaus Vorzüge hat und auch im Feld der Politischen Theorie anschlussfähig ist (ausführlicher zu unserem Verständnis von Digitalisierung und digitaler Konstellation: Berg / Rakowski / Thiel 2020), im Kontext des konkreten Arguments hier halten wir ein derart weit gefasstes Verständnis aber für zu beliebig, da es keinerlei Widerstandspraktiken unserer Gegenwart mehr aus der Betrachtung als digitaler Widerstand ausschließen könnte.¹

1 Eine dritte – hiermit direkt zusammenhängende – Spezifikation lautet, dass wir im Folgenden nur solche Formen digitalen Widerstands untersuchen werden, die sich an digitaler Ordnungsbildung ausrichten. Damit sind Formen digitalen Widerstands aus der Betrachtung ausgenommen, die lediglich eine digitale Form der Organisation oder Ausübung von Widerstand wählen, nicht aber das Digitale zum Gegenstand

Marx als Schlüssel zu Adornos Negativer Dialektik. Oder: Adornos Negative Dialektik als Schlüssel zu Marx

Mario Schäbel*

Schlüsselwörter: Theodor W. Adorno, Negative Dialektik, Karl Marx, Fetischismus, Historischer Materialismus

Abstract: Der Aufsatz stellt die gängige Meinung infrage, Adorno habe mit seiner negativen Dialektik eine kritische Philosophie entworfen, die keinerlei Beziehung zu Marx hat. Im Gegensatz zu dieser Meinung wird argumentiert, dass die strukturelle Analogie zwischen Adornos Kritik traditioneller Theorie und Marx Kritik der politischen Ökonomie als roter Faden der *Negativen Dialektik* gelten kann. Zugleich wird Adorno gegenüber zeitgenössischer Kritik verteidigt, die die Wichtigkeit von Marx für ihn zwar anerkennt, jedoch die Qualität seiner Marxinterpretation anzweifelt. Abschließend wird die Bedeutung ausgelotet, welche die zuvor angestellten Überlegungen zur Wesensverwandtschaft der Theorien von Marx und Adorno, sowie insbesondere die von beiden geteilte Kritik an der Positivierung der Negation der Negation, für die Frage nach einer Aktualisierung des Begriffs Kritischer Theorie hat. Dabei steht die Negativismusauffassung sowohl von Habermas als auch von Honneth zur Disposition, die für den von beiden befürworteten Paradigmenwechsel einen zentralen Stellenwert hat.

Abstract: The essay questions the conventional wisdom that Adorno's negative dialectic is a critical philosophy without any relation whatsoever to Marx. Contrary to this opinion, it is argued that the structural analogy between Adorno's critique of traditional theory and Marx's critique of political economy can be regarded as the common thread of *Negative Dialectics*. At the same time, the essay defends Adorno against a strand of contemporary critique which acknowledges Marx's importance for him but doubts the quality of his Marx interpretation. Finally the essay explores the significance of these reflections on the affinity between Marx's and Adorno's theories – in particular, their shared critique of the positivization of the negation of negation – for the question of how to actualize the notion of Critical Theory. In this context, both Habermas's and Honneth's view of negativism, which is central to the paradigm shift each advocates, are at issue.

Es kann wohl mit Fug und Recht behauptet werden, dass Adornos *Negative Dialektik* auch knapp fünfzig Jahre nach ihrem Erscheinen immer noch ein in weiten Teilen unerschlossenes Werk darstellt. Denn die schier unerschöpfliche Vielfalt an bahnbrechenden Ideen, die es für die verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen bereithält, konnte bis zum heutigen Tage noch nicht in vollständigem Umfang abgearbeitet werden. Ob Psychologie, Ökonomie, Philosophie oder Soziologie, Adorno zeigt sich in all diesen Fachgebieten zuhause und glänzt in ihnen mit einer einzigartigen Versiertheit, die ihm nicht zu Unrecht den Ruf des letzten echten Universalgelehrten des zwanzigsten Jahrhunderts einge-

* Mario Schäbel, Benemérita Universidad Autónoma de Puebla
Kontakt: marioschaebel@gmx.net

bracht hat (vgl. Claussen 2005). Die Vielzahl der in ihr behandelten Themengebiete hat der *Negativen Dialektik* jedoch auch den Vorwurf eingebracht, nicht mehr als schlechter Eklektizismus zu sein, errichtet auf einem Fundament fehlender Kohärenz. Mit diesem Aufsatz möchte ich den Gegenbeweis antreten und zeigen, dass es sehr wohl einen roten Faden gibt, der dieses Werk durchzieht: die Orientierung an Marx.

Damit möchte ich unter anderem auch die Behauptung von Habermas (1984: 178 f.) in Frage stellen, der zufolge sich die erste Generation der Frankfurter Schule mit dem Übergang zur Kritik der instrumentellen Vernunft von Marx' Kritik der politischen Ökonomie als dem Paradigma ihrer kritischen Theorie verabschiedet habe.¹ Zumindest was Adorno angeht, muss an dieser Behauptung gezweifelt werden. Denn die in der *Negativen Dialektik* enthaltene Kritik traditioneller Theorie – so lautet die im ersten Teil des Aufsatzes vertretene These – verläuft strukturell analog zu der von Marx an der politischen Ökonomie geübten Kritik. Das ist auch der hauptsächliche Grund für den Aufsatztitel. Gleichzeitig kann dieser aber auch umgekehrt formuliert werden: *Adornos negative Dialektik als Schlüssel zu Marx*. Denn dass die negative Dialektik durchaus als Versuch einer kritischen Selbstreflexion des Marxismus gewertet werden kann, der einige auch für die aktuelle Diskussion um eine neue Interpretation des Werks von Marx bedeutsame Überlegungen vorwegnimmt, ist eine Interpretation, die sich in den letzten Jahren immer mehr durchzusetzen beginnt. So spricht Alex Demirović (2016), in einem unlängst zum Anlass des fünfzigjährigen Jubiläums der Erstveröffentlichung der *Negativen Dialektik* veröffentlichten Aufsatz, von selbiger gar als einem Meilenstein und einer großen Innovation in der Entwicklung der marxistischen Theorie. Eine ähnliche Auffassung, der es zwar eher um die allgemeine Nähe von Adorno und Marx geht als speziell um die in der *Negativen Dialektik* erkennbare Wesensverwandtschaft der beiden Denker, vertreten beispielsweise auch Dirk Braunstein, der 2011 ein viel beachtetes Buch mit dem aussagekräftigen Titel *Adornos Kritik der politischen Ökonomie* herausgegeben hat oder Ingo Elbe (2010: 66) in seinem 2010 veröffentlichten Monumentalwerk *Marx im Westen: Die neue Marx-Lektüre in der Bundesrepublik seit 1965*. Elbe bezeichnet hier die kritische Theorie der Frankfurter Schule als die „wohl bedeutendste Quelle“ für jene neue Form von Marxinterpretation, die er neue Marx-Lektüre nennt. Elbe spricht dabei sogar ausdrücklich von einer „Frankfurter Schule der neuen Marx-Lektüre“, zu der er Hans-Georg Backhaus, Alfred Schmidt und Helmut Reichelt zählt (ebd.: 67).

Für den vorliegenden Aufsatz sind die bereits von den Autoren der Frankfurter Schule der neuen Marx-Lektüre angestellten Überlegungen zur Nähe von Adornos *Negativer Dialektik* zu Marx von großer Wichtigkeit. Einerseits, um mit Bezug auf diese Adorno gegen zeitgenössische innermarxistische Kritik zu verteidigen, wie sie unter anderem von Karl Reitter geübt wird, wonach dessen Marxinterpretation weitgehend zu wünschen übrig lasse – das ist das Thema des zweiten Teils des Aufsatzes. Andererseits soll mit ihnen ein Weg aufgezeigt werden, wie die kritische Theorie der Frankfurter Schule weiterentwickelt werden kann ohne sich von dem zu entfernen, was ihr ursprüngliches Paradigma ist: Marx' *Kritik der politischen Ökonomie* – das ist das Thema des dritten Teils. Auf diese Weise soll gleichzeitig auch ein Anknüpfungspunkt an aktuellere Diskussionen um den eigentlichen Inhalt des Begriffs Kritische Theorie aufgezeigt werden, der klar macht, dass die im Aufsatz behandelten Themen einen über bloße Adorno-Philologie hinausgehenden

1 Habermas bezieht sich dabei auf Albrecht Wellmer, von dem diese These zuerst aufgestellt wurde (vgl. Wellmer 1969: 138).

Relevanzgesichtspunkt besitzen und es sich somit nicht nur um die Darstellung einer aus der Zeit gefallenen Diskussion handelt.

Nimmt man zudem die folgende Äußerung Adornos (2003: 36 f.) zur Kenntnis, dann muss festgehalten werden, dass sich die *Negative Dialektik* nicht nur durch ihre marxischen Wurzeln auszeichnet, sondern auch generell als Paradigma der kritischen Theorie der Frankfurter Schule in Betracht gezogen werden kann: „Und ich möchte hier zunächst einmal thetisch ganz allgemein voranstellen, daß die negative Dialektik [...] mit einer kritischen Theorie im wesentlichen dasselbe ist. Ich würde denken, die beiden Termini Kritische Theorie und Negative Dialektik bezeichnen das gleiche.“

1. Zur Analogie von Marx' Kritik der politischen Ökonomie und Adornos Kritik traditioneller Theorie

„Mit politischer Ökonomie hat Adorno sich nicht befaßt“, konstatiert Habermas (1984: 178) in seinen *Philosophisch-politischen Profilen*. Auch wenn er wohl damit Recht haben mag, dass Adorno nicht zuvorderst als ökonomischer Denker einzustufen ist, so kann mit Bezug auf die *Negative Dialektik* dennoch von einem ökonomietheoretischen Fundament und von einer impliziten Ökonomie gesprochen werden (vgl. Backhaus 2012). Die Berechtigung dieser Einschätzung liegt in der Tatsache, dass Adornos in der *Negativen Dialektik* entfaltete Kritik traditioneller Theorie strukturell analog zu Marx' Kritik der politischen Ökonomie verläuft. Das heißt, auch wenn Adorno in seinem Werk wenig bis gar keine positiven ökonomietheoretischen Überlegungen anstellt, so wäre es dennoch verfehlt, zu behaupten, er hätte sich überhaupt nicht mit politischer Ökonomie auseinandergesetzt. Denn zumindest im impliziten und negativen, das heißt kritischen Sinne, hat er dies sehr wohl getan. Die strukturelle Analogie der Kritiken von Marx und Adorno soll im Folgenden näher erläutert werden, wobei hierfür der Begriff des Fetischismus als Leitfaden verwendet wird.

Marx kritisiert die Vertreter der politischen Ökonomie, wie beispielsweise Adam Smith und David Ricardo, bekanntlich vor allem dafür, die bürgerlichen Produktionsverhältnisse und die mit ihnen einhergehenden ökonomischen Kategorien unhinterfragt vorauszusetzen und somit zur natürlichen Gesellschaftsform zu erheben, anstatt sie als eine historisch-spezifische Form zu bestimmen. Dementsprechend werde in positivistischer Manier im Grunde nur der Funktionsablauf der gegebenen ökonomisch-gesellschaftlichen Verhältnisse erklärt, nicht aber deren Genese. Bei Marx hingegen – und darin besteht für Backhaus (1997: 409) das „wichtigste Unterschiedsmerkmal“ zur klassischen politischen Ökonomie – steht die Entstehungsfrage im Mittelpunkt: Hinter dem objektiven und natürlichen Schein der kapitalistischen Gesellschaft entdeckt er verdinglichte und fetischisierte gesellschaftliche Beziehungen.

Adornos in der *Negativen Dialektik* entfaltete Kritik der Begriffe der traditionellen Theorie basiert auf einer ähnlichen Grundfigur. Um sich das zu verdeutlichen, kann sein Begriff der *Realabstraktion* herangezogen werden, in welchem „das eigentliche Zentralproblem der Marxschen Fetischismusanalyse“ (ebd.: 459) zum Ausdruck kommt, nämlich ein „Konstitutionsprozess, zu dem es wesentlich gehört, dass die Genese im Resultat verschwunden ist“ (Reichelt 2008: 24). Denn worauf will Marx hinaus, wenn er die politische Ökonomie dafür kritisiert, die kapitalistische Gesellschaft als natürliche zu verstehen anstatt als ein gesellschaftliches Produkt? Letzten Endes zielt er mit dieser Kritik darauf

Freiheit und Institution

Für eine anti-anarchistische Foucault-Lektüre

*Karsten Schubert**

Schlüsselwörter: Michel Foucault, Freiheit, Macht, Subjektivierung, Kritik, Freiheit als Kritik, Demokratietheorie, Postfundamentalismus, Genealogie, Normativität, Institutionen, Anarchismus

Abstract: Wie können Freiheit und Widerstand innerhalb von Foucaults Theorie der Macht und Subjektivierung konzipiert werden? Diese zentrale Frage der Interpretation von Foucaults vielschichtigem Werk wurde breit diskutiert und dennoch nicht befriedigend beantwortet. Dass bis heute kaum Klarheit über den Status von Freiheit in Foucaults Werk erreicht werden konnte, liegt auch daran, dass die gängigen Interpretationen die verschiedenen Freiheitsbegriffe, die in Foucaults Werk zu finden sind, vermischen. Der Artikel bringt deshalb Ordnung in diese unübersichtliche Lage, indem er die verschiedenen Freiheitsbegriffe und Freiheitsprobleme in Foucaults Werk differenziert. Dies ermöglicht ein besseres Verständnis von Foucaults Freiheitsdenken und Machttheorie und führt zu einem neuen Freiheitsbegriff: Freiheit als die Fähigkeit zur kritischen Reflexion der eigenen Subjektivierung. Weil diese „Freiheit als Kritik“ nur durch politische Institutionen ermöglicht werden kann, produziert dieser Freiheitsbegriff neue Anschlüsse von Foucaults Denken an die normative politische Theorie und postfundamentalistische Demokratietheorie.

Abstract: How can freedom and resistance be conceived within Foucault's theory of power and subjectivation? This central question of the interpretation of Foucault's multi-layered work has been widely discussed and yet not satisfactorily answered. The fact that until today there has been little clarity about the status of freedom in Foucault's work is also due to the fact that the current interpretations confuse the various concepts of freedom which can be found in Foucault's work. The article therefore brings order to this confusing situation by differentiating the various concepts and problems of freedom in Foucault's work. This enables a better understanding of Foucault's thinking of freedom and his theory of power and leads to a new concept of freedom: freedom as the capability to critically reflect on one's own subjectivation. Because this "freedom as critique" can only be made possible by political institutions, this concept of freedom produces new connections from Foucault's thinking to normative political theory and post-fundamentalist democratic theory.

Michel Foucaults Denken wird in der politischen Theorie üblicherweise mit einer neuen Perspektivierung des Machtbegriffs verbunden. Schon früh wurde darauf aufmerksam gemacht, dass Foucaults Denken gerade dadurch eines der Freiheit ist (Rajchman 1985). Was aber genau Freiheit bei Foucault heißt, ist trotz vieler Beiträge bis heute unklar (Ok-sala 2005; Robinson 2001; Prozorov 2007). In diesem Artikel unterbreite ich deshalb ei-

* Karsten Schubert, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
Kontakt: karsten.schubert@politik.uni-freiburg.de

nen Ordnungsvorschlag zu den verschiedenen Dimensionen der Freiheit bei Foucault. Ich differenziere verschiedene Arten und Weisen, wie Foucault Freiheit konzeptualisiert und wie daran in der Forschung angeschlossen wurde. Das ist zunächst in sich selbst ein wichtiges Unterfangen, wenn man Foucault genauer verstehen will. Es hat aber auch einen systematischen Zweck: Ich vertrete die These, dass sich nur durch eine solche Differenzierungsarbeit das „Freiheitsproblem bei Foucault“ lösen lässt. Dieses Problem besteht in der ungelösten Frage, wie sich Freiheit und Widerstand in Foucaults Theorie der Macht und der Subjektivierung überhaupt denken lassen? Wie ist freier Widerstand möglich, wenn Macht uns durch Subjektivierung bis in unser Tiefstes und Innerstes bestimmt? Dieses Problem ist wohl das zentrale sozialphilosophische und politiktheoretische Problem, das Foucault-Leser_innen gestern wie heute umtreibt. Es gibt viele Ansätze es zu beantworten, die sehr weit tragen und viel Klarheit über Foucaults Denken und über den Begriff der Freiheit gebracht haben. Dennoch gelingt es diesen Ansätzen am Ende nicht, das Freiheitsproblem zu lösen, und das liegt an der fehlenden Differenzierung verschiedener Freiheitsbegriffe und der damit zusammenhängenden Freiheitsprobleme.

In den Differenzierungen, die ich vorschlage, wird meine eigene These zum Freiheitsproblem deutlich. Sie lautet: Freiheit sollte verstanden werden als die Fähigkeit zur kritischen Reflexion der eigenen Subjektivierung – kurz: Freiheit als Kritik.¹ Und diese Fähigkeit ist selbst abhängig von Subjektivierungen, weshalb eine Theorie der Freiheit als Kritik darauf hinausläuft, freiheitliche und repressive Subjektivierungsregime zu differenzieren. Solche Subjektivierungsregime hängen wiederum entscheidend von politischen Institutionen ab. Hier zeigt sich schon: Dieser Lösungsvorschlag des Freiheitsproblems geht recht weit von Foucault weg, genauer, ist gegen Elemente eines anarchistischen und staatsphobischen Denkens gerichtet, das man ohne Frage bei Foucault finden kann. Institutionen statt Anarchie (als politisches Programm) und Politische Theorie statt Genealogie (als Methode), und zwar auf der Basis Foucault'scher Theorie, mit Foucault gegen Foucault – das ist das Überraschende und Innovative meines Arguments.

Dass die systematische Ordnung von Foucaults Freiheitsbegriffen zu einem Institutionendenken führt, zu dem er selbst stets kritische Distanz gehalten hat, zeigt, dass hier eine Spannung in Foucaults eigenem Werk liegt. Sie tritt durch die sozialphilosophische Perspektivierung der systematischen Frage nach Freiheit deutlich hervor. Diese Spannung, insbesondere zwischen verschiedenen Freiheitsbegriffen in Foucaults Werk, herauszuarbeiten ermöglicht es erst, sich in Foucaults Freiheitsdenken zurechtzufinden. Dies ist der zentrale Ertrag des Artikels auch für jene Leser_innen, die der Auffassung sind, dass es am Geist des Foucault'schen Denkens vorbeigehe, ihn zurück ins klassische Feld der politischen Theorie zu führen und über Institutionen nachzudenken.

Perspektivisch geht der Ertrag der systematischen Rekonstruktion von Foucaults Freiheitsbegriffen über die Debatte um Foucault hinaus und eröffnet die Möglichkeit, die allgemeine sozialphilosophische Diskussion um ein neues Freiheitsdenken zu erweitern. Denn Foucaults Subjektivierungskonzept stellt die drei klassischen sozialphilosophischen Konzepte der Freiheit – negative, reflexive und soziale Freiheit – in Frage (Honneth

1 Dieses Argument entwickle ich auch in meiner Monographie *Freiheit als Kritik. Sozialphilosophie nach Foucault* (2018). Der vorliegende Artikel basiert auf dem Abendvortrag „Dimensionen der Freiheit bei Foucault – Ein Ordnungsvorschlag“, den ich am 19.12.2018 auf Einladung der „Forschungsgruppe Freiwilligkeit“ an der Universität Erfurt gehalten habe. Für die Einladung und die inspirierenden Diskussionen beim Vortrag und dem Workshop am folgenden Tag danke ich Felix Krämer und Daniel Albrecht und allen Teilnehmenden.

2011). Subjektivierung heißt der Prozess, in dem Subjekte durch Macht konstituiert werden, also durch gesellschaftliche Normen, Denk-, Handlungs- und Verhaltensweisen, die sie tief, bis in den Kern ihrer Identität, prägen. Freiheit als Kritik tritt an als neuer Kandidat unter den sozialphilosophischen Freiheitsbegriffen, der im Gegensatz zu den drei anderen Freiheitskonzepten darauf aufmerksam macht, dass Subjektivierung überhaupt ein Freiheitsproblem ist und einen zentralen Stellenwert in der Freiheitsdiskussion einnehmen muss.

Der Artikel unternimmt die folgenden Schritte: Erstens eine kurze Schilderung der Debatte um Freiheit bei Foucault mit einer Erläuterung von vier systematisch unterschiedenen Interpretationsstrategien zum Umgang mit dem Freiheitsproblem bei Foucault. Zweitens folgt die Bestimmung desjenigen Problems, das ich als ‚Freiheitsproblem der Machtdetermination‘ bezeichne, womit die systematische Differenzierungsarbeit beginnt. Drittens folgt der dazu passende Freiheitsbegriff: Freiheit als Handlungsfreiheit bzw. ‚analytische Freiheit‘, der dieses Problem löst. Viertens begründe ich die These, dass die Lösung des Freiheitsproblems der Machtdetermination eigentlich gar nicht wirklich weiterhilft, es ist das ‚falsche‘ Problem. Das richtige Problem, das ich dann erläutere, ist das ‚Freiheitsproblem der Subjektivierung‘. Dieses Problem hängt auch zusammen mit der Möglichkeit eines neuen Freiheitskonzepts, das ungleich bedrohlicher erscheint, die neo-liberale Freiheit. Fünftens folgt die Erläuterung des Konzepts der Freiheit als Kritik, das die Lösung des Freiheitsproblems der Subjektivierung ist, worauf ich sechstens erläutere, wieso die bisherigen Foucault-Interpretationen Freiheit als Kritik nicht erklären konnten. Zuletzt unterfüttere ich die soeben vorgestellte These, dass man Freiheit als Kritik in einer Institutionentheorie weiterdenken müsste und erläutere, in welchem Verhältnis dieser Ansatz zur genealogischen Methode steht.

1. Die sozialphilosophische Debatte um Freiheit bei Foucault

Eine methodische Prämisse dieses Artikels ist, dass es um ein Problem in der Rezeption geht. Foucault selbst als glücklicher Positivist, Analytiker und Genealogue hat überhaupt nicht von einem „Freiheitsproblem“ gesprochen. Er selbst arbeitet nicht als Sozialphilosoph, er spielt gar nicht, oder zumindest nicht in erster Linie, das Sprachspiel der Sozialphilosophie, in dem ich mich bewege, genau wie die anderen Interpret_innen, die zum Freiheitsproblem bei Foucault gearbeitet haben. Denn es ist gar nicht Foucaults Problem, sondern das Resultat bestimmter Interpretationen, genauer, einer Debatte, die ich die ‚sozialphilosophische Debatte um Freiheit bei Foucault‘ nenne.

Die sozialphilosophische Debatte um Freiheit bei Foucault wurde eröffnet, als Sozialphilosoph_innen wie Taylor, Habermas und Fraser Foucault als einen der ihren, als Sozialphilosophen, verstanden und ihn dafür kritisierten, wegen seiner Nietzscheanischen Machtkonzeption einen unplausiblen Freiheitsbegriff zu vertreten (Taylor 1984; Habermas 1988; Fraser 1994) – diese Kritik bezeichne ich als erste Phase der Debatte, und dies ist sowohl historisch als auch systematisch zu verstehen. Andere Interpret_innen, die sowohl an den aufgeworfenen sozialphilosophischen Problemen interessiert waren als auch grundsätzlich mit Foucault sympathisierten, verteidigten Foucault – dies ist die zweite Phase der Debatte. Dabei zielten sie darauf, einen kohärenten Freiheitsbegriff im Rahmen von Foucaults Theorie der Subjektivierung und Macht zu entwickeln. Diese produktiven Lesarten sind also an der ‚Theorie‘ interessiert, die Foucault stets zugunsten einer ‚Analytik‘ abgelehnt hat.